
S 1 AS 104/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 1 AS 104/15
Datum	14.04.2016

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 AS 280/16
Datum	19.12.2017

3. Instanz

Datum	09.03.2022
-------	------------

Â

Auf die Revisionen der KlÃ¤ger werden die Urteile des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz vom 19.Â Dezember 2017 und des Sozialgerichts Trier vom 14.Â April 2016 sowie der Bescheid des Beklagten vom 18.Â MÃrz 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27.Â April 2015 aufgehoben. Der Beklagte wird verpflichtet, unter Beachtung der Rechtsauffassung des Senats Ã¼ber den Antrag vom 12.Â MÃrz 2015 auf AlgÂ II bzw Sozialgeld endgÃ¼ltig zu entscheiden.

Der Beklagte trÃ¤gt die Kosten des Verfahrens.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Im Streit sind Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für April bis September 2015.

Ä

2

Die Klägerin (geboren 1988) und der Kläger zu 2 (geboren 1972) sind die Eltern des 2007 geborenen Klägers zu 3 und des 2011 geborenen Klägers zu 4. Alle sind Staatsangehörige. Die Kläger zu 1 bis 3 hielten sich ab Juli 2010 in Deutschland auf, der Kläger zu 4 ist in Deutschland geboren. Der Kläger zu 3 wurde im August 2013 eingeschult und besuchte fortlaufend die Grundschule. Ab Oktober 2016 wohnten die Kläger wieder in L.

Ä

3

Die Klägerin war vom 23.6. bis 30.9.2014 bei einer Gebäudereinigungsfirma sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Für die Kinder wurde monatliches Kindergeld von je 186 Euro an den Kläger zu 2 gezahlt. Das beklagte Jobcenter bewilligte Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II für die Zeit vom 1.8.2014 bis 31.3.2015.

Ä

4

Den Antrag (vom 12.3.2015) auf Bewilligung von Leistungen ab 1.4.2015 lehnte der Beklagte ab (Bescheid vom 18.3.2015; Widerspruchsbescheid vom 27.4.2015); der Arbeitnehmerstatus der Klägerin sei, ausgehend vom unfreiwilligen Ende ihrer Beschäftigung zum 30.9.2014, am 31.3.2015 erloschen. Während des laufenden Widerspruchsverfahrens verpflichtete das SG den Beklagten auf einen Eilantrag hin, den Klägern vorläufig Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts vom 1.4. bis 30.9.2015 in gesetzlicher Höhe zu gewähren (Beschluss des SG vom 14.4.2015), was der Beklagte auch umsetzte (zwei Bescheide vom 17.4.2015).

Ä

5

Die Klage ist ohne Erfolg geblieben (Urteil des SG vom 14.4.2016; Urteil des LSG vom 19.12.2017). Die Kläger seien nach [§ 7 Abs 1 Satz 2 Nr 2 SGB II](#) (in der bis einschließlich 28.12.2016 geltenden Fassung, knftig: aF) von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen, denn ihr Aufenthaltsrecht ergebe sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche. Der Klägerin habe aus ihrer Beschäftigung bis

30.9.2014 nur ein nachwirkendes Aufenthaltsrecht als Arbeitnehmerin nach [Â§ 2 Abs 2 Nr 1 iVm Abs 3 Satz 2 FreizügG/EU](#) für die Dauer von sechs Monaten, also bis 31.3.2015. Der Kläger zu 2 sei in der Bundesrepublik noch nie erwerbstätig gewesen, sodass auch er allenfalls zur Arbeitsuche freizügigkeitsberechtigt gewesen sei. Folglich unterfielen auch die Kläger zu 3 und 4 als Familienangehörige dem Ausschlussstatbestand des [Â§ 7 Abs 1 Satz 2 Nr 2 SGB II](#) aF. Das Aufenthaltsrecht des Klägers zu 3 wegen des Schulbesuchs nach Art 10 VO (EU) Nr 492/2011 begründe kein eigenständiges, davon abgeleitetes Aufenthaltsrecht der Klägerin und der Kläger zu 2 und 4. Dies habe der Gesetzgeber mit der Neufassung des [Â§ 7 Abs 1 Satz 2 Nr 2 SGB II](#) durch das Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und nach dem SGB XII vom 22.12.2016 (*BGBI I 3155*) bekräftigt. Leistungsansprüche nach [Â§ 23 SGB XII](#) seien ebenfalls ausgeschlossen. Der entgegenstehenden Rechtsprechung des BSG vermöge man sich nicht anzuschließen.

Â

6

Mit ihren vom LSG zugelassenen Revisionen rügen die Kläger ua eine Verletzung von Art 10 VO (EU) Nr 492/2011. Der EuGH habe, nachdem das Verfahren vor dem BSG deshalb ausgesetzt gewesen sei, mittlerweile entschieden (*vgl EuGH vom 6.10.2020* [C 181/19](#) [EU:C:2020:794](#) = *ZESAR 2021, 43*), dass Art 7 Abs 2 und Art 10 VO (EU) Nr 492/2011 einer Regelung wie [Â§ 7 Abs 1 Satz 2 Nr 2 Buchst c SGB II](#) in der Normfassung des Gesetzes vom 22.12.2016 entgegenstünden, nach der ein Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaats und seine minderjährigen Kinder, die alle im Aufenthaltsstaat ein Aufenthaltsrecht aufgrund von Art 10 VO (EU) Nr 492/2011 genießen, weil die Kinder dort die Schule besuchen, unter allen Umständen automatisch vom Anspruch auf Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts ausgeschlossen seien. Hilfsweise rügen die Kläger einen Verstoß gegen die [Â§§ 21, 23 SGB XII](#). Selbst wenn sie von Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen wären, würde nach ständiger Rechtsprechung des BSG ein Anspruch auf Ermessensleistungen nach [Â§ 23 Abs 1 Satz 3 SGB XII](#) aF bestehen.

Â

7

Die Kläger beantragen,
unter Aufhebung der Urteile des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz vom 19. Dezember 2017 und des Sozialgerichts Trier vom 14. April 2016 und des Bescheids des Beklagten vom 18. März 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27. April 2015 den Beklagten zu verpflichten, ihnen Leistungen nach dem SGB II für den Zeitraum vom 1. April bis 30. September 2015 zu gewähren,

Â

Â

Â

hilfsweise,
unter Aufhebung der Urteile des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz vom 19.Â Dezember 2017 und des Sozialgerichts Trier vom 14.Â April 2016 den Beigeladenen zu verurteilen, Sozialhilfe fÃ¼r den Zeitraum vom 1.Â April bis 30.Â September 2015 zu gewÃ¤hren.

Â

8

Der Beklagte beantragt,
die Revisionen zurÃ¼ckzuweisen.

Â

9

Die KlÃ¤ger kÃ¶nnen sich nicht auf ein Aufenthaltsrecht aus ArtÂ 10 VO (EU) NrÂ 492/2011 berufen. Denn die KlÃ¤gerin sei weder zum Zeitpunkt der Wohnsitznahme in der Bundesrepublik noch der Einschulung des KlÃ¤gers zu 3 Wanderarbeitnehmerin in Deutschland gewesen. Dies unterscheide den vorliegenden Sachverhalt von dem der EuGH-Entscheidung vom 6.10.2020 zugrundeliegenden als auch der Entscheidung des BSG vom 27.1.2021 ([BÂ 14Â AS 42/19Â R](#)).

Â

10

Der Beigeladene hat sich nicht zum Verfahren geÃ¤uÃ¼ert und keinen Antrag gestellt.

Â

11

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung des Senats durch Urteil ohne mÃ¼ndliche Verhandlung einverstanden erklÃ¤rt.

Â

II

Â

Die Revisionen der Kläger, über die der Senat im Einverständnis der Beteiligten durch Urteil ohne mandliche Verhandlung entscheidet ([§ 124 Abs 2 SGG](#)), sind begründet ([§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Den Klägern stehen im streitbefangenen Zeitraum die bereits vorläufig bewilligten Leistungen (Alg II/Sozialgeld) endgültig zu; ein Leistungsausschluss besteht nicht.



1. Gegenstand des Verfahrens sind neben den vorinstanzlichen Entscheidungen nur der Bescheid vom 18.3.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27.4.2015, mit dem der Beklagte einen Anspruch der Kläger auf Alg II/Sozialgeld wegen eines nach [§ 7 Abs 1 Satz 2 SGB II](#) aF bestehenden Leistungsausschlusses abgelehnt hat. Nicht nach [§ 86 SGG](#) Gegenstand des Widerspruchs- und damit auch nicht des Klageverfahrens geworden sind hingegen die Bescheide vom 17.4.2015, mit denen der Beklagte die Entscheidung des SG im vorläufigen Rechtsschutz umgesetzt hat (*sog Ausfuhrungsbescheide*; zur vergleichbaren Fallkonstellation vgl nur BSG vom 3.12.2015  [B 4 AS 44/15 R](#)  [BSGE 120, 149](#) = SozR 4200  [§ 7 Nr 43, RdNr 12](#)). Dass der Beklagte die Bescheide formal auf [§ 40 Abs 2 SGB II](#) iVm [§ 328 SGB III](#) gestützt hat, ist unschädlich. Denn nach ihrem eindeutigen Erklärungsgehalt wollte der Beklagte keine eigenständige Regelung treffen, sondern ausdrücklich nur die Entscheidung des SG ausführen. Dies folgt aus der Auslegung der Bescheide anhand des objektiven Empfngerhorizonts, zu der das BSG als Revisionsgericht befugt ist (*dazu eingehend BSG vom 25.10.2017 * [B 14 AS 9/17 R](#)  SozR 41300  [§ 45 Nr 19 RdNr 21 ff](#)).



2. Verfahrenshindernisse stehen einer Sachentscheidung des Gerichts nicht entgegen. Ihren Anspruch auf Alg II/Sozialgeld verfolgen die Kläger zutreffend mit der kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage ([§ 54 Abs 1 Satz 1, § 56 SGG](#)), weil sie die begehrte Leistung vom Beklagten im Ergebnis eines einstweiligen Rechtsschutzverfahrens bereits erhalten haben und keinen Anspruch auf höhere Leistungen geltend machen, der mit der (kombinierten) Leistungsklage zu verfolgen wäre. Mit der Verpflichtung zum Erlass eines Verwaltungsakts wird zugunsten der Kläger ein Rechtsgrund für das Behaltendrfen dieser Leistungen geschaffen; denn die einstweilige Anordnung verliert mit der endgültigen Entscheidung ihre Rechtswirkungen (BSG vom 3.12.2015  [B 4 AS 49/14 R](#)  *juris RdNr 14 mwN*; BSG vom 9.12.2016  [B 8 SO 8/15 R](#)  [BSGE 122, 154](#) = SozR 43500  [§ 53 Nr 5, RdNr 17](#); BSG vom 18.7.2019  [B 8 SO 4/18 R](#)  SozR 43500  [§ 54 Nr 19 RdNr 11](#)). Der Anspruch der Kläger ist auch zulässigerweise auf den

Erlass eines Grundurteils gerichtet, das auch bei einer kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage statthaft sein kann, wenn im Streit lediglich das Behaltend^{1/4}rden einer bereits erbrachten Leistung steht (*vgl zur vergleichbaren Situation der kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage bei Klage auf zuschussweise statt darlehensweiser Leistung BSG vom 9.12.2016* [BÄ 8Ä SO 15/15Ä RÄ](#) *â* *SozR 4â* *3500* *Ä* *90 NrÄ 8 RdNrÄ 16*; *vgl auch BSG vom 12.9.2018* *â* *BÄ 4Ä AS 39/17Ä RÄ* *â* *BSGE 126, 294* = *SozR 4â* *4200* *Ä* *41a NrÄ 1, RdNrÄ 11*).

Ä

15

3. Rechtsgrundlage f^{1/4}r den Anspruch auf AlgÄ II/Sozialgeld sind [Ä](#) [Ä](#) [Ä](#) [7Ä ff](#), [19 Ä ff SGBÄ II](#) in der Fassung, die das SGBÄ II durch die Bekanntmachung der Neufassung des Zweiten Buches vom 13.5.2011 (*BGBIÄ I 850*) erhalten hat (*Geltungszeitraumprinzip, vgl BSG vom 19.10.2016* *â* *BÄ 14Ä AS 53/15Ä RÄ* *â* *SozR 4â* *4200* *Ä* *11 NrÄ 78 RdNrÄ 14Ä f*). Insbesondere IÄsst sich dem Gesetz vom 22.12.2016 nicht entnehmen, dass es sich Geltung f^{1/4}r die Zeit vor seinem Inkrafttreten am 29.12.2016 beimisst (*dazu zuletzt BSG vom 27.1.2021* *â* *BÄ 14Ä AS 42/19Ä RÄ* *â* *RdNrÄ 10 mwN*).

Ä

16

4. Die KIÄxger erfÄllten im streitbefangenen Zeitraum die allgemeinen Leistungsvoraussetzungen nach dem SGBÄ II (*dazuÄ 5.*). Sie sind nicht nach [Ä](#) [Ä](#) [7 AbsÄ 1 SatzÄ 2 SGBÄ II](#) von Leistungen nach dem SGBÄ II ausgeschlossen, weil sie sich auf ein Aufenthaltsrecht aus ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011 berufen konnten (*dazuÄ 6.*). Der KIÄxger zu 3 besuchte die Schule und die KIÄxgerin war nach europarechtlichen Maßstäben Arbeitnehmerin (*dazuÄ 7.*). Auch die weiteren Voraussetzungen aus ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011 lagen vor (*dazuÄ 8.*).

Ä

17

5. Nach [Ä](#) [Ä](#) [7 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ II](#) aF erhalten Leistungen nach diesem Buch Personen, die das 15.Ä Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach [Ä](#) [Ä](#) [7a](#) noch nicht erreicht haben, erwerbsfÄhig und hilfebedÄrftig sind und ihren gewÄhlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben (erwerbsfÄhige Leistungsberechtigte). Die erwerbsfÄhige KIÄxgerin und der KIÄxger zu 2 hatten das 15.Ä Lebensjahr vollendet, die Altersgrenze des [Ä](#) [Ä](#) [7a SGBÄ II](#) noch nicht erreicht und hatten nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG ihren gewÄhlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Die KIÄxger zu 3 und 4 kÄnnen als minderjÄhrige, dem Haushalt der KIÄxgerin und des KIÄxgers zu 2 angehÄrende Kinder AnsprÄche auf Sozialgeld

haben ([Â§ 7 Abs 3 Nr 4](#), [Â§ 19 Abs 1 Satz 2](#), [Â§ 23 SGB II](#)). Die KIÄrger waren auch hilfebedÄ¼rftig, denn sie verÄ¼gten nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG mit Ausnahme des fÄ¼r die KIÄrger zu 3 und 4 an den KIÄrger zu 2 gezahlten Kindergelds weder Ä¼ber Einkommen noch VermÄ¼gen.

Ä

18

6. Nach [Â§ 7 Abs 1 Satz 2 Nr 2 SGB II](#) aF sind âausgenommenâ âÄ also keine leistungsberechtigten Personen iS des [Â§ 7 Abs 1 Satz 1 SGB II](#) und [Â§ 7 Abs 2 SGB II](#) und ohne Leistungsberechtigung nach dem SGB IIÄ âAuslÄnder, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt, und ihre FamilienangehÄ¼rigen. Von diesem Leistungsausschluss umfasst sind erst recht die StaatsangehÄ¼rigen anderer Mitgliedstaaten der EU, die keine deutsche StaatsangehÄ¼rigkeit besitzen (EU-AuslÄnder) und nicht Ä¼ber eine materielle FreizÄ¼gigkeitsberechtigung nach dem FreizÄ¼gG/EU oder ein Aufenthaltsrecht nach dem AufenthG verÄ¼gen. Bereits das Vorliegen der Voraussetzungen fÄ¼r ein mÄ¼gliches anderes bzw bestehendes Aufenthaltsrecht als ein solches aus dem Zweck der Arbeitsuche hindert sozialrechtlich die positive Feststellung eines Aufenthaltsrechts âallein aus dem Zweck der Arbeitsucheâ iS von [Â§ 7 Abs 1 Satz 2 Nr 2 SGB II](#) aF bzw lÄsst den Leistungsausschluss âvon vornhereinâ entfallen (vgl zuletzt BSG vom 27.1.2021 âÄ [BÄ 14Ä AS 42/19Ä RÄ](#) â RdNrÄ 15 mwN).

Ä

19

Ein Aufenthaltsrecht nach ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011 steht in diesem Sinne einem Leistungsausschluss entgegen (BSG vom 3.12.2015 âÄ [BÄ 4Ä AS 43/15Ä RÄ](#) â [BSGE 120, 139](#) = SozR 4â4200 Ä§ 7 NrÄ 46, RdNrÄ 27; BSG vom 27.1.2021 âÄ [BÄ 14Ä AS 25/20Ä RÄ](#) â SozR 4â4200 Ä§ 7 NrÄ 59; BSG vom 27.1.2021 âÄ [BÄ 14Ä AS 42/19Ä RÄ](#), juris; EuGH vom 6.10.2020 âÄ [Câ181/19Ä](#) â [EU:C:2020:794](#) = ZESAR 2021, 43 zu [Â§ 7 Abs 1 Satz 2 Nr 2 BuchstÄ c SGB II](#) idF vom 22.12.2016, [BGBlÄ I 3155](#)). Nach ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011 kÄ¼nnen Kinder eines StaatsangehÄ¼rigen eines Mitgliedstaats (hierÄ L), der im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats (hier in der Bundesrepublik Deutschland) beschÄ¼ftigt ist oder beschÄ¼ftigt gewesen ist, wenn sie im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats wohnen, unter den gleichen Bedingungen wie die StaatsangehÄ¼rigen dieses Mitgliedstaats am allgemeinen Unterricht teilnehmen. Dieses Recht auf Gleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zur weiteren Teilnahme am Unterricht (vgl EuGH vom 6.10.2020 âÄ [Câ181/19Ä](#) â [EU:C:2020:794](#) =Ä ZESAR 2021, 43, RdNrÄ 35) vermittelt sowohl den Kindern als auch den sie betreuenden Elternteilen ein materielles Aufenthaltsrecht (vgl im Einzelnen BSG vom 3.12.2015 âÄ [BÄ 4Ä AS 43/15Ä RÄ](#) â [BSGE 120, 139](#) = SozR 4â4200 Ä§ 7 NrÄ 46, RdNrÄ 27, 29Ä ff; zuletzt zusammenfassend BSG vom

27.1.2021 [BÂ 14Â AS 25/20Â RÂ](#) [SozR 4](#) [4200](#) [Â§Â 7 NrÂ 59 und BÂ 14Â AS 42/19Â R, juris](#)). Das Recht knÃ¼pft an den Arbeitnehmerstatus eines Elternteils an, reicht aber zeitlich Ã¼ber die BeschÃ¤ftigung hinaus. Mit dem Erfordernis der (frÃ¼heren) BeschÃ¤ftigung verweist ArtÂ 10 VO (EU) NrÂ 492/2011 auf den Arbeitnehmerbegriff des ArtÂ 45 AEUV, wovon auch der EuGH ausgeht (*EuGH vom 6.10.2020* [Câ 181/19](#) [EU:C:2020:794](#) = ZESAR 2021, 43, RdNrÂ 35 ff) und was sich im Ã¼brigen aus der zu ArtÂ 10 gehÃ¶renden AbschnittsÃ¼berschrift und dem Sinn und Zweck der VO (EU) NrÂ 492/2011 ergibt, das Ziel der FreizÃ¼gigkeit der Arbeitnehmer zu erreichen (*ErwÃ¤gungsgrund NrÂ 3 der VO NrÂ 492/2011*).

Â

20

7. Die KlÃ¤gerin war wÃ¤hrend ihrer von Juni bis September 2014 ausgeÃ¼bten versicherungspflichtigen BeschÃ¤ftigung nach europarechtlichen MaÃstÃ¤ben Arbeitnehmerin. Der freizÃ¼gigkeitsrechtliche Begriff des Arbeitnehmers ist als autonomer Begriff des Gemeinschaftsrechts unionsrechtlich zu bestimmen (*EuGH vom 23.3.1982* [Câ 53/81](#) [Levin, EU:C:1982:105, Slg 1982, 1035 RdNrÂ 11](#) = [NJW 1983, 1249](#); zur Bedeutung dieses Begriffs und dem der BeschÃ¤ftigung in anderen RegelungszusammenhÃ¤ngen vgl nur *Fuchs in Fuchs, EuropÃ¤isches Sozialrecht, 7.Â Aufl 2018, TeilÂ 1, ArtÂ 45 [48 AEUV RdNrÂ 10](#); *Steinmeyer in Franzen/Gallner/Oetker, Kommentar zum europÃ¤ischen Arbeitsrecht, 4.Â Aufl 2022, ArtÂ 45 AEUV RdNrÂ 10 ff; zum Arbeitnehmerbegriff auch *Junker, EuZA 2016, 184, 188* ff; *Wank, EuZA 2018, 327* ff; *Benecke, EuZA 2018, 3* ff) und nicht eng auszulegen (*EuGH vom 21.2.2013* [Câ 46/12, EU:C:2013:97, RdNrÂ 39 mwN](#)); er muss mit dem jeweiligen mitgliedstaatlichen Arbeitnehmerbegriff nicht Ã¼bereinstimmen (*Steinmeyer aaO RdNrÂ 10*). In Abgrenzung zu NichterwerbstÃ¤tigen (*dazu Junker, EuZA 2016, 184, 188, 192*) ist jeder als Arbeitnehmer iS von ArtÂ 45 AEUV anzusehen, der eine tatsÃ¤chliche und echte TÃ¤tigkeit ausÃ¼bt, wobei TÃ¤tigkeiten auÃer Betracht bleiben, die einen so geringen Umfang haben, dass sie sich als vÃ¶llig untergeordnet und unwesentlich darstellen. Das wesentliche Merkmal des ArbeitsverhÃ¤ltnisses besteht nach dieser Rechtsprechung darin, dass jemand wÃ¤hrend einer bestimmten Zeit fÃ¼r einen anderen nach dessen Weisung Leistungen erbringt, fÃ¼r die er als Gegenleistung eine VergÃ¼tung erhÃ¶lt (*EuGH vom 23.3.2004* [Câ 138/02](#) [Collins, EU:C:2004:172](#) = ZESAR 2004, 490 RdNrÂ 26; *EuGH vom 7.9.2004* [Câ 456/02](#) [Trojani, EU:C:2004:488](#) = NZA 2005, 757 RdNrÂ 15; *EuGH vom 3.5.2012* [Câ 337/10](#) [Neidel, EU:C:2012:263](#) = NVwZ 2012, 688 RdNrÂ 23; *EuGH vom 19.6.2014* [Câ 507/12](#) [Saint Prix, EU:C:2014:2007](#) = NZA 2014, 765 RdNrÂ 33 f; *EuGH vom 1.10.2015* [Câ 432/14](#) [Bio Philippe, EU:C:2015:643](#) = ZESAR 2016, 222 RdNrÂ 22).**

Â

21

Die KlÄxgerin war nach den Feststellungen des LSG vom 23.6. bis 30.9.2014 sozialversicherungspflichtig bei einem Glas- und GebÄxudereinigungsunternehmen beschÄxftigt gewesen; Gesichtspunkte, die gegen einen Arbeitnehmerstatus sprechen kÄxnnen, hat das LSG nicht mitgeteilt. Auch der Beklagte ist, wie die Bewilligung von AlgÄ II/Sozialgeld fÄx¼r die Zeit ab 1.10.2014 zeigt, offenbar vom Arbeitnehmerstatus ausgegangen.

Ä

22

8. Die KlÄxger erfÄx¼llten auch die weiteren Voraussetzungen fÄx¼r ein Aufenthaltsrecht aus ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011. Der KlÄxger zu 3 besuchte ab August 2013 durchgehend die Grundschule und damit auch in der Zeit, in der die KlÄxgerin als Arbeitnehmerin tÄxchtig war. Die KlÄxgerin sowie der KlÄxger zu 2 nahmen die elterliche Sorge fÄx¼r ihre Kinder tatsÄxchlich wahr. Anders als der Beklagte meint, setzt das Aufenthaltsrecht aus ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011 weder voraus, dass die KlÄxgerin im Zeitpunkt der Einschulung des KlÄxgers zu 3 oder gar zum Zeitpunkt der Wohnsitznahme in Deutschland Arbeitnehmerin war. Schon der Wortlaut des ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011, wonach auch Kinder ehemaliger Wanderarbeitnehmer Rechte aus der Verordnung ableiten kÄxnnen, spricht gegen das VerstÄxndnis des Beklagten. Dies hat auch der EuGH betont, wenn er ausfÄx¼hrt, dass ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011 dem Kind im Zusammenhang mit dessen Anspruch auf Zugang zum Unterricht ein eigenstÄxndiges Aufenthaltsrecht einrÄxumt, das nicht davon abhÄxngig ist, dass der Elternteil oder die Eltern, die die elterliche Sorge fÄx¼r sie wahrnehmen, weiterhin Wanderarbeitnehmer im Aufnahmemitgliedstaat sind. Ebenso wenig hat der Umstand, dass der betreffende Elternteil nicht mehr Wanderarbeitnehmer ist, Auswirkungen auf dessen Aufenthaltsrecht nach ArtÄ 10 VO (EU) NrÄ 492/2011, das demjenigen des Kindes entspricht, fÄx¼r das er die elterliche Sorge tatsÄxchlich wahrnimmt (*EuGH vom 6.10.2020* âx¼Ä [Câx¼181/19](#)Ä âx¼ [EU:C:2020:794](#) =Ä ZESAR 2021, 43 RdNrÄ 37).

Ä

23

Keiner der vom Beklagten benannten Entscheidungen des EuGH kann Gegenteiliges entnommen werden. Der EuGH fÄx¼hrte in der Entscheidung vom 23.2.2010 ([Câx¼480/08](#) âx¼Ä *Teixeira*, [EU:C:2010:83](#) = [NVwZ 2010, 887](#) âx¼Ä RdNrÄ 67) unter Berufung auf die Entscheidung *Baumbast* (*EuGH vom 17.9.2002* âx¼ [C-413/99](#), [NJW 2002, 3610](#)) im Gegenteil aus, dass das Recht zum Aufenthalt im Aufnahmemitgliedstaat, das der Elternteil genieÄx¼t, dem die elterliche Sorge fÄx¼r ein Kind eines Wanderarbeitnehmers tatsÄxchlich zukommt, wÄxhrend das Kind eine Ausbildung in diesem Staat absolviert, nicht von der Voraussetzung abhÄxngt, dass einer der Elternteile des Kindes zu dem Zeitpunkt, zu dem es seine Ausbildung begonnen hat, als Wanderarbeitnehmer in diesem Mitgliedstaat berufstÄxchtig gewesen ist. SchlieÄx¼lich verweist der EuGH im Urteil vom 30.6.2016 ([Câx¼115/15](#);

[EU:C:2016:487](#) = [NVwZ 2016, 1471](#) RdNr 54) lediglich darauf, dass das Recht der Kinder von Wandererwerbstitigen auf Zugang zur Ausbildung im Aufnahmemitgliedstaat davon abhängt, dass das betreffende Kind zuvor seinen Wohnsitz im Aufnahmemitgliedstaat hatte. Dies war beim Kläger zu 3 nach den Feststellungen des LSG der Fall.

Ä

24

Die Kostenentscheidung beruht auf [Ä 183, 193 SGG](#).

Ä

Erstellt am: 13.06.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024